

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Ämtern in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Altenhausen, Hömberg, Elisenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanhluß Nr. 24.

Nr. 81.

Druck und Verlag:
Buchdr. Geim. Müller, Nassau (Lahn).

Samstag, 17. Juli 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Zwangsvollstreckung

gegen Kriegsteilnehmer.

W. B. Die wirtschaftlichen Nöte, in denen sich viele Kriegsteilnehmer noch immer befinden, lassen eine vollständige Aufhebung ihres Schutzes noch nicht zu. Deshalb ist die mit dem 30. Juni 1920 ablaufende Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 12. Dezember 1919 durch die Verordnung vom 15. Juni 1920 bis zum 1. Januar 1921 verlängert worden. Gleichzeitig führt diese Verordnung einige praktische Neuerungen ein. Die Rechtslage ist seit 1. Juli 1920 folgende:

Jede Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer — ausgenommen bei Arrestanten und einstweiligen Verfügungen — ist nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Vor der Entscheidung des Vollstreckungsgerichts ist der Schuldner zu hören; das Gericht fordert daher den Schuldner zu schriftlicher Äußerung binnen bestimmter Frist auf. Die Zwangsvollstreckung ist nur zu bewilligen, wenn ihre Ablehnung nach den Umständen des Falles für den Gläubiger offenbar unbillig wäre. Wird sie jedoch nachgeprüft für eine Schuld, die nach Beendigung der Kriegsteilnehmerhaft des Schuldners entstanden ist, oder gegen einen Schuldner, der schon sechs Monate nicht mehr Kriegsteilnehmer ist — bei den meisten Klagen liegt eine dieser Voraussetzungen vor — so ist sie grundsätzlich zu bewilligen und nur dann zu verweigern, wenn ihre Bewilligung nach den Umständen des Falles für den Schuldner offenbar unbillig wäre.

Nach dem Wortlaut der bisherigen Verordnung konnte die Zwangsvollstreckung nur im Ganzen angelehnt werden, selbst wenn der Schuldner Teilzahlungen anbot und der Gläubiger damit einverstanden war. Die Gerichtspraxis setzte sich allerdings meist über die Buchstaben des Gesetzes hinweg und kam damit dem Verkehrsbedürfnis entgegen. Die neue Verordnung hat nunmehr das Vorgehen der Gerichte anerkannt. Sie bestimmt, daß das Gericht vor Verleugung der Zwangsvollstreckung in einem Termine eine Vereinnung zwischen Gläubiger und Schuldner zu versuchen hat. Kommt eine Einigung nicht zustande, oder scheint eine Partei im Termine nicht, so bestimmt das Gericht unter Berücksichtigung aller Umstände, in welcher Weise die Schuld zu bezahlen ist. Das Gericht kann also Ratenzahlungen festsetzen und Zahlungsfristen gewähren oder ohne Bedingungen, wie Verzinsung, Pfandstellung, Mitverpflichtung des Ehegatten und ähnliches. Jedoch darf das Gericht die Frist bis zur vollständigen Zahlung nicht über den 1. Juli 1921 hinaus ausdehnen; bei Einigung sind die Parteien an diesen äußersten Termin nicht gebunden. Auf Grund der protokollierten Einigung oder des gerichtlichen Beschlusses ist die Zwangsvollstreckung ohne weitere Bewilligung zulässig.

Eine gewährte Stundung oder Ratenzahlung kann aufgehoben oder eingeschränkt werden, wenn das Verhalten des Schuldners oder eine wesentliche Veränderung in seinen Verhältnissen dies angemessen erscheinen läßt.

Wenn auch den bisherigen Bestimmungen die Zwangsvollstreckung versagt worden ist, so kann auf Antrag des Gläubigers nunmehr nach den neuen Vorschriften verfahren werden.

Allerlei Nachrichten

Abfindung der Hohenzollern.

Der Reichsausschuß der Preussischen Landesversammlung beriet das Gesetz über die Vermögensaußenabfindung zwischen dem preussischen Staat und dem preussischen Königs Hause. Von den Unabhängigen wurde beantragt, die ehemaligen regierenden Fürstenthümer durch Reichsbescheid zugunsten der Staaten ihres gesamten Vermögens für veräußert zu erklären, während die Reichsrepublikanten beantragten, den Artikel 133 der Reichsverfassung über den Fall der Vermögensaußenabfindung in der Weise zur Anwendung zu bringen, daß die dort zu erwähnende Auszahlung des Reiches unter angemessener Berücksichtigung vorgenommen werde. Von sozialdemokratischer Seite wurde ferner gewünscht, daß die Regierung eine Darstellung des Verfahrens gegen den ehemaligen König von Hannover gebe. Von den anderen Parteien wurde darauf hingewiesen, daß eine Analogie zwischen Hannover und dem gegenwärtigen Fall überhaupt nicht vorliege. Auf eine Frage, wie groß der Privatbesitz der Hohenzollern wäre, wurde von Regierungssidee erwidert, daß er schätzungsweise 250 bis 300 Millionen M. betrage. Von deutschnationaler Seite wurde ausgedrückt, es komme lediglich darauf an, was den Hohenzollern privatrechtlich geböhrt. Von mehrheitssozialistischer Seite wurde gesagt, die Schätzungen des Finanzministeriums seien viel zu niedrig. Der Finanzminister erklärte, daß seine Schätzungen sich nur auf Grundstücke bezögen.

Volschewisten auf deutschem Boden. Die das Organ der Unabhängigen in Danzig „Das Volk“ mitteilt, sind die auf dem Danziger Bahnhofe festgenommenen 66 Volschewisten nach Elbing gelangt und werden sich somit auf deutschem Boden. Da ein Abkommen zwischen Deutschland und Sowjetrußland über die Verhaftung von Kriegsgefangenen besteht, hofft das Blatt, daß die befreiten Volschewisten bald in ihre Heimat zurückkehren können.

Einzug des Dänenkönigs.

Die Kopenhagener Zeitungen veröffentlichen lange Telegramme über den Einzug des dänischen Königs in Nordfriesland. Der König ritt an der Spitze eines großen Gefolges auf einem weißen Pferde über die alte Grenze, gefolgt von einer ungeheuren Menschenmenge. An den König wurden überall Begrüßungsansprachen gerichtet.

Das neue Strafrecht.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, ist der Entwurf zum deutschen Strafgesetzbuch fertiggestellt worden. Er stellt eine Überarbeitung des aus den Beschlüssen der Strafrechtskommission hervorgegangenen Entwurfs dar und wird demnächst mit einer Denkschrift veröffentlicht werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Köln, 3. Juli. Die Rheinlandkommission hat laut Meldung der „Köln. Ztg.“ aus Ludwigshafen, über die Erteilung von französischem Sprachunterricht eine Verfügung erlassen, wonach gegenwärtig kein Beschluß oder Befehl in der französischen Besetzung in Kraft ist, durch den französischer Sprachunterricht in den deutschen Volksschulen oder in Mittelschulen eingeführt oder aufrecht erhalten wird; gleichzeitig gibt die Verfügung bekannt, daß alle während des Besatzungsstandes über diesen Gegenstand von den Militärbehörden erlassenen Befehle hinfällig sind.

Saarbrücken, 12. Juli. Der Streik der hiesigen Metallindustrie wird im allgemeinen als beendet angesehen. Auch in Remscheid, Homburg und Dillingen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. In Bellingen wurden die Arbeitswilligen an der Aufnahme der Arbeit durch Streikposten verhindert. Es wird nunmehr beabsichtigt, die Arbeitswilligen unter besonderen Polizeischutz zu stellen.

Köln, 10. Juli. Die Interessengemeinschaft der Telephoniennehmer, Bezirksgruppe Köln, hielt Freitagabend eine Versammlung ab, die Rechtsanwalt Gräffler leitete. Dieser führte aus, daß die Telephoniennehmer vor den ungerechtfertigten Forderungen der Regierung Schutz bei der Interessengemeinschaft finden, welche bereits einschließlich aller Ortsgruppen und Protestvereine etwa 400 000 Mitglieder im Reich aufweise. Die Bewegung nahm gewaltige Formen an. Die von den Telephonienhabern geforderte 100prozentige Gebührenerhöhung und die 1000 Mark Zwangsanleihe für jeden Telephonanschluß und 200 Mark für jeden Nebenanschluß seien für den Mittelstand unerträglich. Die Regierung müsse andere Mittel und Wege finden, das Fernsprechnetz auszubauen als durch Aneinanderreihung der Fernsprecheinrichtungen. Es könne keineswegs dem deutschen Volke zugemutet werden, daß von 400 gewählten Abgeordneten 75 über die Köpfe der anderen hinweg solche schwerwiegenden Gesetze schaffen.

Nach einer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Interessengemeinschaft der Telephoniennehmer fordert zunächst eine vollständige Befreiung der Zwangsanleihe und sodann eine Herabsetzung der am 1. Juli in Kraft getretenen Gebührenordnung und erwartet von der Regierung ein Zusammenarbeiten mit ihr. Die Interessengemeinschaft wird gern bereit sein, der Reichsregierung mit Vorschlägen zu dienen, und ihre Erfahrung zur Verfügung zu stellen. Sollte dem Verlangen nicht Rechnung getragen werden, so wird am 1. Oktober 1920 eine geschlossene Kündigung aller in der Interessengemeinschaft der Telephoniennehmer vereinigten Fernsprechanlagen erfolgen.

Kleine Chronik.

Lohnbewegung der Bürgermeister. Dem Zug der Zeit entsprechend sind nun auch die berufsmäßig wirkenden Bürgermeister der Pfalz in eine „Lohnbewegung“ eingetreten. Als jährliche Arbeitszeit werden 10 Monate bei zwölfwöchigem Urlaub gefordert; als Jahresentschädigung einschließlich Zulagen komme für mittlere Städte der Betrag von 40 000 bis 43 000 Mark in Betracht.

Explosionsunglück. Aus bisher unbekannter Ursache erfolgten am Samstag nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr im Nahkampfmitteldepot bei Kellertbach zwei heftige Explosionen. Im ganzen sind bei dem Unglück sieben Personen getötet, eine weitere Reihe mehr oder minder schwer verletzt worden. Schnell herbeigerufene Feuerwehren aus Kellertbach, Frankfurt, Griesheim, Höchst und Schwabenheim vermochten es, den entstandenen Brand örtlich zu begrenzen und zu löschen. Auch französische Soldaten nahmen an den Rettungsarbeiten teil.

Ein Ei 85 Pfennig. Aus Fulda kommt die erfreuliche Kunde, daß dort die Eier für 85 Pfennig verkauft werden und zu diesem Preis auch tatsächlich zu haben sind. Damit die Herren Hamster und Schieber sich aber keine unnützen Sorgen machen, sei gleich mitgeteilt, daß jeder Hamster ein Regel vorgegeben ist.

Das Geld im Bratosen. In dem Dorfe N. hatte eine Frau 30 000 Mark, die sie jedenfalls vor den bösen Steuern bewahren wollte, in den Bratosen versteckt. Die Tochter des Hauses, die davon nichts wußte, zündete den Herd an und das schöne Papiergeld ging in Rauch und Flammen auf. Zum Schaden hat die Familie nun noch den Spott.

Flugpostdienst. Die Postverwaltung hat den Flugpostdienst wieder aufgenommen und zwar zunächst zwischen Hamburg und Westerland. Vom 15. Juli an ist die Einrichtung einer weiteren beratigen Verbindung zwischen Berlin und Swinemünde in Aussicht genommen.

„Anette et Rubin.“ Man schreibt der „V. Z.“ am Freitag: Der eigenartige Name der Villa, die der deutschen Delegation in Spa zum Aufenthalt zugewiesen ist, „Anette et Rubin“, ist der Titel einer der reizendsten Novellen aus den „Contes moraux“ des Marmontel, eines Zeitgenossen Voltaires. In dieser Novelle wird das Schicksal eines jungen Liebespaars erzählt, das ahnungslos und unbewußt eine Schuld auf sich lädt, das aber schließlich durch die Intervention eines mächtigen Herrn Vergebung seiner Sünden erhält und in Frieden seine Tage beschließen kann. Wenn die Villa mit diesem symbolischen Namen auch nicht absichtlich den Deutschen zum Wohnsitz angewiesen wurde, so mag das Schicksal Anette und Rubins unseren Delegierten doch angesichts der schweren Aufgabe, der sie gegenüberstehen, als gute Vorbedeutung dienen.

Schlafkrankheit. In Dresden sind zahlreiche Fälle von Schlafkrankheit vorgekommen, die verschiedene Kerzte als Folge der Grippe bezeichnen.

Die Aprikosenernte hat im ganzen rheinischen Oberrhein voll eingesetzt. Sie liefert einen sehr befriedigenden Ertrag sowohl hinsichtlich der Qualität als auch Quantität. Strichweise ist eine wahre Rekorderte zu verzeichnen, und die Bäume brechen fast unter der Last der prächtigen goldgelben Früchte.

Waters Gemüse. Von einer hiesigen Begebenheit die sich in einer Caubert-Schiffersfamilie zugetragen hat, weiß man sich folgendes zu erzählen: Der Vater des Hauses fuhr lebhafte mit seinem Schiff an Land vorbei und ließ bei dieser Gelegenheit seiner daselbst wohnenden Frau ein Bündel Blätter übermitteln. Freudestrahlend wurden die Blätter in dem guten Glauben, ein schönes Gemüse zu haben, entgegengenommen und auch eines Tages die Zubereitung vorgenommen. Sicherlich mit der nötigen Feinschmecker versehen, so kam Waters Gemüse auf den Tisch. Inzwischen verriet aber der Geschmack etwas Sonderbares und man zerbrach sich den Kopf, was es sein könnte, bis erst vor wenigen Tagen der Mann einmal nach Hause kam und sehnuchsvoll nach seinem Tabak fragte. Die Mahlzeit soll gut bekommen sein.

Explosionsunglück. In dem Explosionsunglück in Kellertbach wird noch gemeldet, daß dabei sehr erhebliche Mengen Artilleriemunition in die Luft flogen. Bisher wurden 10 Tote, die gänzlich versteinert sind, geborgen. Wieviel Tote noch unter den Trümmern liegen, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Zahl der Verwunden beläuft sich auf etwa 20, darunter sind einige lebensgefährlich verletzt. Die Rettungsarbeiten wurden durch die Explosionsgefahr außerordentlich erschwert, da fortwährend neue Ladungen in die Luft flogen.

Der Telephonant mit Rucksack. Durch einen neuen Trick gelingt es einem Gauner, aus Berliner Lokalen die wertvollen Telephonapparate zu stehlen. In das Café Admiralspalast in der Friedrichstraße trat ein Mann, der einen Rucksack trug. Er bat um die Erlaubnis, telephonieren zu dürfen. Der Fremde kam nach kurzer Zeit aus der Telephonzelle heraus und verließ das Lokal. Als ein Gast den Fernsprecher benutzen wollte und die Zelle betrat, entdeckte er, daß der Apparat gestohlen war. Der Mann mit dem Rucksack hatte ihn abgeschnitten und in den Rucksack gesteckt.

Folgen des Streiks. Grube Golpa bei Magdeburg ist eröffnet. Die Pumpstation steht auch teilweise unter Wasser.

10 000 Kronen für einen Secht. Bei Budapest wurde in der Donau, wie im „St. Subertus“ berichtet wird, ein Secht gefangen, der das fabelhafte Gewicht von 101 Kilogramm aufwies. Das seltene Fischchen fand rege Nachfrage und wurde schließlich von einem Budapest Hotel für den gleichfalls fabelhaften Preis von 10 000 Kronen erstanden. Das höchste bisher bekannte Gewicht eines Sechtes betrug 46 Kilogramm.

Einen Mörder zum Gatten. Ein trauriges Bild bietet ein Scheidungsprozeß dar, der gegenwärtig die vierte Zivilkammer Frankfurt a. M. beschäftigt. Im Mai 1911 verheiratete sich dort ein Kaufmann mit einem um drei Jahre älteren Fräulein. Sie reisten zusammen nach Brasilien und kurz nach ihrer Ankunft wollte der Gatte die Frau veranlassen, einem unsittlichen Lebenswandel nachzugehen. Als sie sich weigerte, kam es zum Streit und der saubere Gatte verließ die Kerne in bitterster Not, um, wie die Frau später hörte, in La Plata ein öffentliches Haus zu kaufen. Nachdem die Frau, eine Frankfurterin, alles verkauft und so viel Geld hatte, daß sie die Heimreise antreten konnte, kehrte sie mittellos nach Deutschland zurück. Sie wollte nun in München eine Pension eröffnen, der Magistrat versagte ihr aber die Genehmigung, weil ihr Mann wegen Diebstahls, Heuberei, Urkundenfälschung und Raubs verurteilt sei und zuletzt acht Jahre Zuchthaus verbüßt habe. Die Frau war, als sie dies hörte, wie aus den Wolken gefallen, da sie keine Ahnung von dem Vorleben ihres Mannes hatte. Bald danach aber wurde ihr mitgeteilt, daß ihr Mann in Buenos Aires wegen Ermordung eines Fremden verhaftet worden sei. Die Frau hat danach die Scheidungsklage eingereicht.

Die Verhandlungen in Spa.

Erste Lage.

Spa, 14. Juli.

Ueber den Inhalt und das Ergebnis der Besprechung die heute nachmittag zwischen Herrn Dr. Simons und Lloyd George stattgefunden hat, ist, was begreiflich ist, nichts bekannt geworden. Bald nach der Rückkehr fand im Hotel der deutschen Delegation eine längere Beratung statt. Danach kam das Kabinett in der Villa des Reichsanzlers zu einer Beratung zusammen. Damit sind die Verhandlungen auf deutscher Seite noch nicht abgeschlossen. Das Kabinett trat heute abend abermals zusammen. Die Situation ist nach wie vor ernst. Die Alliierten waren wiederholt während des heutigen Tages in der Villa Fraineuse zu internen Beratungen versammelt. Aus alliierten Kreisen hört man, daß ein Nachgeben der Alliierten in der Kohlenfrage nicht in Aussicht steht. Es ist anzunehmen, daß die deutsche Delegation morgen nochmals mit den Alliierten in Verbindung kommen wird. Aus der Tatsache, daß Dr. Simons und Lloyd George eine unmittelbare Aussprache haben konnten, darf man vielleicht schließen, daß die Alliierten ebenso wie die deutsche Delegation auf eine Fortsetzung der Konferenz von Spa, wenn es irgend angeht, Wert legen. Man muß sich natürlich bei allem darüber klar sein, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten sicherlich nur Schritt für Schritt gebessert werden können und schon manches erreicht wäre, wenn wir über die nächsten kritischen Monate hinwegkämen. Das Schwergewicht, das der Politiker der künftigen Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen beizulegen hat, scheint jedenfalls auf der Entscheidung, die in den gegenwärtigen Stunden fallen soll, zu lasten.

Eine Erklärung Sues.

Der von Spa zurückgekehrte Bergarbeiterführer H. u. teils über seine Eindrücke in Spa einem Mitarbeiter des „Dachauer Volksblattes“ u. a. folgendes mit:

„Es wäre besser für die Bitterverständnis, wenn weniger sensationellste Journalisten in Spa ihr Unwesen trieben. Jeder Regierungsvertreter legt seine Worte auf die Goldwaage und kann es doch nicht hindern, daß Pressevertreter den Worten einen Sinn unterlegen, den sie nicht haben sollen. Es wird beispielsweise, obgleich Minister Simons ausdrücklich die Verantwortung für die Erklärungen der Sachverständigen in der Kohlenfrage abgelehnt hat, dennoch die Auffassung verbreitet, daß die Ausführungen von Stinnes und mir mit der Regierung vorher vereinbart worden seien. Ich erkläre ausdrücklich, daß ich mich über meine Rede nur mit den Vertretern der Bergarbeiter Piper und Imbusch verständigt habe. Wir gingen von der Überzeugung aus, daß das Diktat der Ententevertreter praktisch und durchführbar sei. Alles andere ergab sich vom Arbeitsstandpunkte von selbst. Ich weiß auch, daß Herr Stinnes den Wortlaut seiner Rede nicht mit der offiziellen deutschen Delegation vereinbart hat. Es ist daher falsch, die von Herrn Stinnes nach einer sorgfältigen Niederschrift vorgelegenen Ausführungen für eine Meinungsäußerung der deutschen Regierung auszugeben.“

Sue an Simons.

Der Bergarbeiterführer H. u., der soeben aus Spa zurückgekehrt ist, sandte auf Grund der tatsächlichen Lage im Ruhrgebiet folgendes Telegramm an den Minister Simons: „Berichte aus Bergwerksbezirken ergeben zunehmende Unlust der Bergarbeiter, weitere oder noch mehr Überführungen zu fahren. Gründe: 1. außerordentlich schlechte Ernährung, vor allem das ungenießbare Brot; 2. Jahrestemperatur, die regelmäßig auf die Überarbeit hemmend einwirkt; 3. die Nachrichten aus Spa, daß Zwangsmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet erörtert würden. Ich bitte dies bei den weiteren Verhandlungen zu berücksichtigen.“

Protest der Ruhrbergleute.

In einer in Essen abgehaltenen Sitzung der Arbeitnehmersgruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbezirk wurde zur Frage der Kohlenproduktion und der Ablieferungsbedingung der Entente Stellung genommen. Einstimmig wurde folgende Entschliessung gefasst, die auf dem Wege des dringenden Telegramms dem Reichsminister des Äusseren Dr. Simons nach Spa übermittelt wurde:

Die Arbeitnehmersgruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbezirk hält die Erfüllung der Kohlenlieferungsbedingung der Entente für unmöglich. Sie hält schon den Vorschlag der deutschen Regierung für viel zu weitgehend und unerfüllbar. Angesichts der großen Lebensmittelschwierigkeiten, des tiefgesunkenen Gesundheitszustandes der Bergarbeiter und der hierdurch hervorgerufenen Krankheiten ist die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft bei den jetzigen Verhältnissen nicht zu steigern. Die Belegschaften sind schon jetzt gezwungen, die übernommenen Lieferungsverpflichtungen einzuschränken bzw. völlig einzustellen, trotz der großen Notlage, in der sich das Wirtschaftsleben infolge der Kohlennot befindet. Bei diesen Verhältnissen kann die Arbeiterschaft keine Mehrarbeit leisten. Die Arbeitnehmersgruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbezirk protestiert auf das entschiedenste gegen die beabsichtigte Aufstockung der Entente hinsichtlich der Kohlenlieferungsbedingung. Sie lehnt jede Überführungsmaßnahme durch ein Diktat der Entente ab. Die beabsichtigte Beislagnahme der Kohlen zu Gunsten der Entente sowie die Befragung des Ruhrgebiets zur Durchführung des Diktats würde die Arbeiterschaft nicht ruhig hinnehmen. Ueber dieser Forderung steht das Recht der Arbeiterschaft auf Freiheit und Unabhängigkeit. Sie wird diese Rechte nicht preisgeben, selbst dann nicht, wenn die deutschen Regierungsvertreter sich fügen möchten. Die Bergarbeiter wollen freie Deutsche und unabhängige Arbeiter sein und keine Sklaven. Angesichts der schwerbedrückten Menschheit und der großen Notlage, in der sich die Wirtschaft Europas befindet, erklärt sich die Arbeitergruppe der Arbeitskammer für den Ruhrbezirk bereit, unter Wahrung ihrer Rechte und Freiheit ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Laßt uns unsere Rechte und Freiheiten! Gebt uns eine ausreichende Ernährung und Erleichterung! Nur so werden die Schwierigkeiten beseitigt werden können.“

Abbruch der Verhandlungen?

Das Reutersche Büro verbreitet folgende Meldung vom 14. Juli:

Die Alliierten kamen heute vormittag 11½ Uhr zusammen. Die Generale Hoch und Maglins erstatteten Bericht über die militärische Lage. Darauf wurde die Zusammenkunft bis 6 Uhr abends verschoben. In der Zwischenzeit hat kein Verkehr mit den Deutschen stattgefunden

und es scheint, daß der Abbruch der Verhandlungen unmittelbar bevorstehe und daß die Alliierten das Ruhrgebiet besetzen werden. Die italienischen und die englischen Generale werden heute abend eintreffen.

Befragung des Ruhrgebiets?

Die in Koblenz erscheinende amerikanische Zeitung „Amaroc“ veröffentlicht unterm 15. d. Mts., morgens 3 Uhr, eine Meldung aus Paris: Die Alliierten beschloßen gestern die Befragung des Ruhrgebiets für Freitag mit drei französischen, zwei englischen und einer belgischen Division für den Fall, daß die deutsche Regierung sich bis heute mittag nicht zur monatlichen Ablieferung von zwei Millionen Tonnen Kohlen entschlossen hat. Die Vereinigten Staaten wurden gefragt, ob sie an der Befragung sich beteiligen wollen.

Annahme der Bedingungen?

Der Berichterstatter der „Agence Havas“ in Spa glaubt mitteilen zu können, daß Professor Bonn im Namen der deutschen Delegation Lloyd George am Mittwoch abend benachrichtigt habe, daß die Bedingungen der Alliierten bezüglich der Kohlenlieferungen in Höhe von zwei Millionen Tonnen monatlich annehme. Diese Annahme sei zwar von Bedingungen begleitet die sie zweifelhaft erscheinen ließen. Millerand habe sich sofort zu Lloyd George zur Kenntnisnahme begeben und mit ihm lange konferierte.

Die Annahme des Ultimatums

Spa, 15. Juli. Die Deutschen haben unter gewissen Bedingungen die Vorschläge der Alliierten in der Frage der Kohlenlieferung angenommen.

Notiz des W. L. B.: Eine Bestätigung von deutscher Seite liegt noch nicht vor.

Zur Tagesgeschichte.

Ein Zwischenfall.

Mittwoch vormittag ereignete sich vor der französischen Botschaft in Berlin ein Zwischenfall. Anlässlich des französischen Nationalfeiertages hielt die französische Botschaft die französische Tricolore. Etwa 500 Personen zogen vor die Botschaft und verlangten unter lautmächtigem Hochrufen auf Deutschland die Einziehung der Fahne. Darauf trat ein französischer Offizier mit mehreren Soldaten heraus und forderte die Menge auf, sich zu zerstreuen. Erst durch das Eingreifen der grünen Sicherheitspolizei wurde die Demonstrationsgruppe aufgelöst. Nachdem die Fete in der französischen Botschaft vorüber war, und das Publikum den Platz vor der Botschaft verlassen hatte, gelang es bisher noch unerkannt gebliebenen Personen, das Dach der Botschaft von hinten zu erklimmen und die Tricolore herabzuholen, worauf sich die Täter mit der Fahne entfernten. Das Polizeipräsidium hat die Verfolgung der Täter angeordnet.

Zu dem Vorfall vor der französischen Botschaft wird von amtlicher Seite folgendes mitgeteilt:

Der Staatssekretär des Auswärtigen brückte dem französischen Geschäftsträger persönlich sein und der Regierung Bedauern über den gegen die französische Botschaft verübten groben Unfug aus. Die Polizeibeamten, durch deren Fahrlässigkeit die Demonstration möglich geworden ist, werden aus Anordnung des preussischen Ministers des Innern vom Dienste suspendiert. Die französische Klage wurde von einem Manne niedergelegt und entfernt, der über das Dach des Nachbargebäudes auf das Dach der Botschaft gelangte. Der Täter wurde noch nicht ermittelt, doch wurde die Flagge im Nachbarhause gefunden und der französischen Botschaft durch die Polizei zugestellt.

Die flämische Bewegung.

Aus Anlaß des Goldenen Sporenfestes hielt der flämische Bruderkund mit Unterstützung der flämischen Gesellschaften im Theater in Brügge eine große öffentliche Versammlung ab. Der Saal war überfüllt. H. u. s. m. a. n. s. hielt die Festrede. Er erklärte: Die flämische Bewegung marschiert. Wir müssen die flämisierung der Genera Universität haben. Mit Deutschland muß Friede sein. Wir wollen nicht, daß Belgien das Portugal Frankreichs wird.

Pressbestimmen.

Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ in Spa berichtet, daß man sich in Kreisen der deutschen Delegation sehr reserviert, betreffend Vertagung der Konferenz geistigt habe. Angesichts der Herbeiführung des Marcksalls noch erwartet man ein Ultimatum mit der Drohung der Befragung des Ruhrgebiets. Trotzdem erklärte man, daß die deutsche Delegation ihre Vorschläge nicht abändern könne deren Zahlen in vollem Einverständnis zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber, Sue und Simons festgesetzt worden seien. — Vertinart dröhlet aus Spa an das „Echo de Paris“: Wir haben Gründe anzunehmen, daß die Alliierten sich noch zwei oder drei Tage gedulden werden, bevor sie eine Entscheidung treffen. Der Grund zu dieser Verzögerung liegt offensichtlich darin, daß wir uns erst nach gründlicher Prüfung fesslegen und die neue gegenwärtige Lage der europäischen Anlegenheiten unter ihrem doppelten Gesichtswinkel, sowohl dem politischen wie militärischen, sowie die Ereignisse, die sich an Polens Grenze abspielen, prüfen wollen. Aber schon jetzt hat Millerand energisch folgende These aufgestellt: Je größer die Gefahr am anderen Ende Europas erscheint, je mehr Germanismus und Bolschewismus die Absicht erkennen lassen, sich zu vereinen, umso wichtiger ist es, daß die Alliierten ihre Festigkeit gegenüber Deutschland beweisen und der Kohlenfrage, in der unsere Gegner ihren Widerstand konzentrieren, die einzige Lösung geben, die mit unseren Rechten vereinbar sind.

Die Pariser Zeitungen unterstreichen mit Genugtuung die Haltung Lloyd Georges in der Kohlenfrage. Das „Journal“ hebt hervor, Lloyd George habe spontan erklärt, daß weder die Haltung noch die Vorschläge der Deutschen annehmbar seien und daß er alle Möglichkeiten ins Auge fassen werde. Nach dem „Petit Journal“ habe Lloyd George sich folgendermaßen ausgedrückt: „Wir haben uns geirrt; wir haben nur noch nötig, die Sitzung aufzuheben.“ Nach dem „Journal“ habe sich Lloyd George, als der Dolmetscher die Erklärung Delacour übersetzen wollte, erhoben und gesagt: „Das ist unnötig; sie haben verstanden.“

Die Kämpfe im Osten.

Weiteres Vorrücken.

Die Fortschritte der Roten Armee vollziehen sich weiterhin im gleichen atemberaubenden Tempo wie bisher. Nachdem Molodetschno gefallen ist, gilt der nächste Schlag Wilna. Südöstlich von Wilna, von Molodetschno her, ist bereits Smorgon (60 Kilometer von Wilna) besetzt, nordöstlich von Wilna, von Swenziany her, ist der Fluß Wilja überschritten. Michalisch ist eingenommen 50 Kilometer von Wilna. Gleichzeitig dringen die Bolschewisten gegen Lida vor, um auch von Süden her Wilna abzuschneiden. Nur die Bahn über Bialystok-Grodno bietet noch größere Sicherheit. An der übrigen Front hat gleichfalls der unaufhaltsame Rückzug der Polen eingesetzt, so an der Bahn Minsk-Baranowitsch, bis Kaibonow, von der ehemaligen Pißschlinie bis Suß, von nördlich Sarny bis zur Etyrbrücke. Vom Festungsbereich ist außer Mowno nun auch Dubno geräumt, von wo der Feind nunmehr über Brody gegen Lemberg vorgeht, von dem er noch 100 Kilometer entfernt ist. Der südlichste Frontteil umfaßt von Kremenetz südwärts den schmalen Streifen östlich Stribis bis Kamenez-Podolsk.

Daily Chronicle meldet, daß in London das Gerücht verbreitet werde, die Bolschewisten hätten nicht die Absicht, ihren Feldzug gegen Polen einzustellen.

Kleine Meldungen.

Königsberg. Die Kommission, die die Tötung des Landrats Batocki in Pleskau untersuchte, stellte fest, daß ein Mord nicht vorliegt. Batocki wurde jedenfalls durch einen von einem Jäger herrührenden Fernschuß getötet.

Brüssel. Die Blätter melden, daß die Disputationskommission nach Prüfung der deutschen Beschwerden wegen der ungeheuren Kosten der militärischen Befragung der deutschen Giete die in Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu zahlende Summe auf 9 Mds. pro Kopf und Tag festgesetzt hat.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 14. Juli. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete hat die interalliierte Rheinlandkommission gegen die nachstehenden Gesetze keine Einwendungen erhoben: a) Reichsgesetz betr. 1. die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920; 2. Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 19. Mai 1920; 3. Bekanntmachung über die Bildung von Weinbaubezirken vom 3. Juni 1920; 4. weitere Bekanntmachungen über die Militärverwaltungsgerichte und das Reichsmilitärverwaltungsgericht sowie über das Verfahren vor ihnen vom 21. Mai 1920; 5. Richtlinien für die Festsetzung von Entschädigungen aus Anlaß der Durchführung der Bestimmungen der Art. 297 u. a. des Friedensvertrages (Liquidationsrichtlinien vom 26. Mai 1920; 6. Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Kohlenwirtschaftlichen vom 31. Mai 1920; 7. Verordnung über die Zulassung von Rechtskundigen im Vorsteherdienst zur Stellenvertretung von Rechtsanwälen vom 1. Juni 1920; 8. Verordnung über die Regelung der Schwefelsäurewirtschaft vom 31. Mai 1920.

Köln, 15. Juli. In der gestrigen Sitzung der Ernährungskommission wurde von Seiten der Stadtverordneten bekannt gemacht, daß ihnen zu Ohren gekommen sei, daß von gewisser Seite ein Sabotageakt für die nächste Zeit geplant sei, um die gesamte behördliche Fleischwirtschaft mit einem Schlag über den Haufen zu werfen und dem freien Handel auch in Köln und Umgebung Eingang zu verschaffen. Aus der Versammlung heraus wurde der Vermutung Raum gegeben, daß es sich nicht um einen Sabotageakt handle, sondern um ein planmäßiges Vorgehen von Viehhändlerkreisen, welche die Unzufriedenheit der Landwirte und der Metzgerei mit dem Vorgehen der behördlichen Viehhandelsverbände benutzen wollten, um auf diese Weise die letzteren auszuscheiden und ab 1. August die Fleischbewirtschaftung in eigene Hände zu nehmen.

Köln, 15. Juni. In den Humboldtwerken in Köln-Rail ruht seit gestern der Betrieb in den Arbeiterwerkstätten vollständig. Vorläufig versteht die Angestellten ihren Dienst weiter. Dem Vernehmen nach sind vorgestern 2000 und gestern 1600 Arbeiter zur Entlassung gekommen, denen bereits vor acht Tagen gekündigt worden war.

Köln, 10. Juni. In einer Sitzung führte Beisitzer ordener Bergmann aus, daß es keine Stadt in Deutschland gebe, wo das Wohnungswesen eine derartig erschreckende Höhe erreicht habe wie in Köln. 4500 ausländische Familien hätten zu allem übrigen hier untergebracht werden müssen, und über 69 Straßen könne das Wohnungswesen nicht versorgen.

Humoristisches.

— „Ich wollte mal Dein Gesicht sehen, Alara, wenn Du dann nur als Mäden freffen solltest!“

Klassisch. Was bedeutet das Sprichwort: „Kommt nicht in einem Tage erbaut?“ — „Na, damals freilich die Mauer eben auch schon!“

Abrechnung. Was, Herr Ober, 101 M. macht meine Rechnung für mein Nachschloß und Abendessen? — „Selbstverständlich, mein Herr, wird es abgerundet. Also bitte 110 Mark!“

Bedenkliche Auskunft. Redakteur (zum jungen Schriftsteller): „Ihren „Kindermund“ muß ich Ihnen zurückgeben, aber Ihre „Epitaph“ will ich im Auge behalten!“

Der Herr Professor. „So, diese affektive, kabbalistische Kellskrift hätte ich mit Rechtigkeit entziffert. Wenn ich jetzt nur noch bloß meine Notizen darüber lesen könnte!“

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 14. Juli.

Schöffengerichtssitzung. (15. Juli.) 1. Wegen Verleumdung werden verurteilt H. F. aus Bergnassau zu 50 M. und R. F. aus Bergnassau zu 20 M. Geldstrafe. — 2. A.

aus Nassau wird wegen groben Unfugs, Bedrohung und Beleidigung bei weiterer Annahme mildernden Umstände zu 3 M. Geldstrafe verurteilt. — 3. H. Sch. aus Oberlahnstein wird wegen Diebstahls zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Ortskrankenkasse des Unterlahnkreises fasste den Vorstandsbeschluss, den bei ihr Versicherten die während der vertragslosen Zeit entstandenen Barauslagen voll zu erstatten.

Vaterländischer Frauenverein. Wie wir schon umlängst erwähnt an dieser Stelle, bittet der hiesige Vaterländische Frauenverein die Obstbesitzer in Nassau und Umgebung, sie möchten den Kranken auch in diesem Jahr gedenken. Ergänzend machen wir nochmals darauf aufmerksam, dass es sich in erster Linie um Obstsorten (Himbeer-, Johannis- und Brombeersaft) handelt und um Früchte in Weckgläsern eingelegt. Dann ist aber auch Gelee, Johannisbeer-, Brombeer-, Apfelgelee, nicht Marmelade, besond. willkommen, am besten in kleinen, höchstens 1/2 Liter-Gläsern. Erwünscht sind auch süßsaure (mit Essig und Zucker eingemachte) Kürbis, Gurken, Birnen. Der Zucker der verwandt wird, wird vom Verein zurückgestellt. Wer gesund ist, dankt am schönsten dafür, dadurch, dass er der Kranken in Liebe gedenkt.

Kreisynode Nassau. Am Montag, den 19. Juli findet in Bad Ems die diesjährige Tagung der Kreisynode Nassau statt und zwar beginnt sie um 2 1/2 Uhr nachmittags im dortigen Ev. Gemeindehaus. Der Hauptgegenstand der Verhandlungen ist die Frage: „Welche Wünsche und Vorschläge haben die Kreisynoden für die künftige Gestaltung der kirchl. Verfassung unseres Verwaltungsbezirks zu machen?“ Darüber werden die Pfarrer Koppermann, Ems und Martin, Dienethal berichten. Da die Vorschläge der Kreisynoden weithin Richtung gebend für die Ausgestaltung der neuen Kirchenverfassung sein werden, die im Herbst d. Js. von dem neu zu wählenden Landeskirchentag geschaffen werden und die Grundlage unseres ganzen zukünftigen kirchl. Lebens bilden soll, haben die diesjährigen Verhandlungen besondere Bedeutung. Es steht daher zu hoffen, dass sich recht viele Gemeindeglieder aus Ems, Nassau und Umgebung entschließen, an der Tagung teilzunehmen. Bekanntlich ist es jedem ev. Gemeindeglied gestattet, der Tagung der Synode als Zuhörer beizuwohnen. Wer irgendwie Interesse an der zukünftigen Gestaltung unserer nassauischen ev. Kirche, ihrer Verfassung und ihres Lebens hat, veräume nicht, den Verhandlungen zuzuhören!

KZ Kreisgeneralversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Am 11. Juli hielt die U. S. P. D. in Nassau ihre erste Kreisgeneralversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen 1. die verfloffenen Reichstagswahlen und warum treten wir nicht in die Regierung ein, 2. Zusammenfassung zu einer Kreisorganisation. Über den 1. Punkt referierte Herr Lehrer A. Fidi aus Sauertal. Er sprach über die einzelnen Ministerien und über die unheilvolle Arbeit die darin geleistet worden ist. Man habe durch Reformen versucht Verbesserungen zu schaffen, aber die Durchführung habe man vergessen. Auch habe die bisherige Regierung für Ausnahmegeetze gegen die organisierten Arbeiter gesorgt. Nun seien die Wahlen vorbei, und die Regierungsparteien habe für ihre Politik auch ihren Lohn empfangen. Die U. S. P. sei bei den Wahlen von 22 auf 80 Abgeordnete gekommen. Leider ist es nicht gelungen eine Stimmenmehrheit zu erhalten. Würde die Partei in die Regierung eintreten, so könnte sie ihr Programm nicht konsequent durchführen und würde sich somit zum Verräter ihres Parteiprogrammes machen. Ferner sei es unmöglich mit Leuten deren ärgster Gegner wir sind, an einem Tisch zu sitzen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde beschlossen: den Unterlahnkreis zu einer Kreisorganisation zusammenzufassen. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurden in den Vorstand folgende Herren gewählt: 1. Vorsitzender Kurt Zimmermann-Nassau, 2. Vorsitzender A. Müller-Diez, Schriftführer Emil Stork-Dienethal, als Beisitzer Stahl-Ems, Müller-Ems und Stadtmüller-Diez. Alle die Partei betreffenden Anfragen sind an Herrn Kurt Zimmermann, Nassau, Kaltbachstr. 1, zu richten.

„An der Bahn“. beisteht sich eine Mappe mit sechs Federzeichnungen von Runkel und Limburg von dem Maler Oscar Achenbach aus Runkel. Die Federzeichnungen sind in kunstvollster Weise hergestellt und in allen Buchhandlungen käuflich oder direkt von dem Born-Verlag in Runkel zu beziehen. Der Preis für die Mappe ist M. 12,50.

Obernhofer. Am 12. Juli wurde einem Händler von Altenhausen, welcher mit dem 9 Uhr-Zug nach Bad Ems fuhr, zwei Pakete Fleisch im ungefähren Gewicht von 30 Pfd. von dem Gendarmerie-Wachmeister Stange von Nassau beschlagnahmt. Jedenfalls sollte dieses Fleisch auf dem Wege des Schleichhandels verschleppt werden.

Weinähr. Am Montagabend erschien bei dem hier anwesenden G. Loh ein Fremder der sich als entfernter Verwandter der Frau Loh ausgab. Man bekehrte ihn und gab ihm ein Nachtlager. Am anderen Morgen, während der Hausfrau zur Arbeit gegangen war, bat der „Verwandte“, ihm ein Handwägelchen zur Verfügung zu stellen; er wolle damit 30 Paar Schuhe, die in Oberhof händeln, an die Bahn fahren. Ahnungslos überließ ihm die Frau den Wagen, gab ihm, da es regnete, noch einen Schirm mit, den die Kinder, die mit zur Bahn gingen, wieder mitbringen sollten. Vor dem Bahnhof warteten die Kinder vergebens, dass der gute „Onkel“ noch einmal erscheinen und ihnen den Schirm wiedergeben möchte. Eine Decke im Werte von 90 Mark hatte der nette Vertreter ebenfalls mitgehen heißen. Die Polizei ist in Kenntnis gesetzt worden.

Kördorf. Die Postagentur Kördorf ist, wie wir hören, vom 15. Juli ab dem Postamt Nassau zugeteilt.

Sollschied. In unserer Gemeinde ist eine öffentliche Fernsprechstelle eingerichtet worden.

40. Ruderregatta in Bad Ems. Nach langer, durch Krieg und Revolution erzwungener Pause wird der Ruderregatta am kommenden Sonntag, 18. Juli, auch auf der Ems-Rennstrecke wieder ausleben, auf derselben Strecke, die früher ein Anziehungspunkt ersten Ranges war, sowohl in Bezug auf Sport wie auf gesellschaftlichen Glanz. Die Mehrzahl der Rennen sind klassische Rennen, klassische durch ihre Geschichte, durch ihre Befehung mit den besten Kämpfern in Mitteleuropa. Wir nennen da zuerst den von Kaiser Wilhelm I. gestifteten „Kaiserpreis“, der heute nach sachverständiger Schätzung einen Wert von 50 000 Mk. darstellt. Dann der Preis der Stadt Ems, der Preis der Kurverwaltung, der des Deutschen Ruderverbandes, ein Wanderpreis für Meister. Die an der Lohn anstehenden Vereine werden um den allbekannten Quellenpreis kämpfen, während den ersten Emern der Bäderpreis winkt. Auch für den Hochschülerwettbewerb sind Meldungen eingelaufen. Im ganzen sind zwölf Boote gemeldet, die eine Besatzung von über 420 Ru-

derern erfordern. Die bei so zahlreichen Rennen nötigen Borrennen werden am Samstag-Nachmittag und Sonntag-Vormittag ausgefahren. Die Hauptrennen beginnen nachmittags 3 Uhr. Für musikalische Unterhaltung und Restaurationsbetrieb ist Sorge getragen worden. Die sportliche Leitung liegt in bewährten Händen der Frankfurter Ruder-Gesellschaft „Germania“. In die sportliche Veranstaltung schließt sich am Abend ein Festball im Kurpale an. An die Eisenbahnverwaltung wurde ein Gesuch um Vermehrung und Verbesserung der Zugverbindungen gerichtet.

Handhabung des Achtstundentages in Frankreich. In Pontivy haben nach einer Meldung der „Usine“ die Arbeiter einzelner Unternehmungen, deren Leiter von den Arbeitsinspektoren wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Achtstundentag zur Anzeige gebracht worden waren, sich an den Präfecten gewandt und ihm erklärt, sie selbst verlangten 10 Stunden zu arbeiten, damit die französische Industrie der deutschen Konkurrenz begegnen könne. Die „Usine“ äußert sich zu dem Begehren der Arbeiter dahin, dass dieses mit dem Gesetz über den Achtstundentag nicht im Widerspruch stehe, weil die zu dem Gesetz über die Metallindustrie ergangene Verwaltungsverordnung, die nach Uebereinkommen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber getroffen worden sei, den Arbeitgebern das Recht gebe, jährlich 150–200 Ueberstunden arbeiten zu lassen, um die durch Fest- und Feiertage eintretenden Ausfälle in der Arbeitszeit einzuholen.

Gottesdienstordnung

Sonntag, 18. Juli 1920.
Evangel. Kirche Nassau.
Vorm. 10 Uhr: Herr Pfr. Lic. Fresenius. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. (Die Vorbereit. dazu Freitag, 16. d. M., abends 8 1/2 Uhr, i. d. Kleinkinderschule.) Nachm. 2 Uhr: Herr Pfr. Moser. Christenlehre für die weibl. Jugend. Die Amtshandl. hat Herr Pfr. Lic. Fresenius.
Kathol. Kirche Nassau.
7 1/2 Uhr: Frühmesse; 10 Uhr: Hochamt; 2 Uhr: Andacht.
Dienethal.
Vormittags 10 Uhr: Predigt; Nachmittags 2 Uhr: Christenlehre.
Obernhofer.
Vormittags 10 Uhr: Gottesdienst und Christenlehre.

Bekanntmachung.

Täglich werden neue Maul- und Klauenseuchfälle zur Anmeldung gebracht. Die Zunahme der Seuche läßt darauf schließen, daß die Viehbesitzer die im Nassauer Anzeiger Nr. 74 vom 1. Juli 1920 bekannt gegebenen Verhaltensmaßregeln wenig oder gar nicht berücksichtigen. Es werden deshalb folgende genau zu beachtende Vorsichtsmaßregeln erneut zur Kenntnis gebracht:

Über die Ställe, in denen verseuchtes Klauenvieh steht, ist die Sperre verhängt. Die Verwendung der auf den Gehöften befindlichen Pferde und sonstigen Einhufer ist gestattet, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Hufe vor dem Verlassen der Gehöfte desinfiziert werden. Geflügel ist so zu verwahren, daß es die Gehöfte nicht verlassen kann. Weggabe von Milch ist nur in gekochtem Zustande zulässig. Die Entfernung des Dungs aus den verseuchten Ställen und die Abfuhr von Dünger und Jauche aus den verseuchten Gehöften darf nur nach erfolgter Übergabe mit dicker Kalkmilch erfolgen. Personen, die mit kranken und verdächtigten Tieren in Berührung gekommen sind, müssen die etwa beschmutzten Kleider und das Schuhwerk wechseln oder reinigen und desinfizieren. Mit Gerätschaften, Fahrzeugen, Behältnissen oder sonstigen Gegenständen ist in ähnlicher Weise zu verfahren. Die Stallgänge der verseuchten Ställe, die Plätze vor den Türen der verseuchten Ställe usw. sind täglich mindestens einmal mit dünner Kalkmilch zu übergießen. Die abgesperrten Ställe dürfen nur von den Besitzern der Tiere, deren Angestellten oder vom Tierarzt betreten werden. Sämtliche im Stadtbezirk vorhandenen Hunde sind festzulegen, oder an der Leine zu führen.

Sobald Tiere gefallen sind, ist dies auf dem Bürgermeisterramte anzumelden. Das Bürgermeisterramt veranlaßt die Benachrichtigung des Wachenmeisters. Das Betreten des vom Wachenmeister bewohnten Hauses wird verboten. Die von der Polizeiverwaltung ergehenden Anordnungen bezügl. Verbringung der gefallenen Tiere auf den Wachenplatz sind genauestens zu befolgen.

Im Interesse aller Viehbesitzer liegt es, wenn diese Maßregeln genauestens beachtet werden. Mit Rücksicht auf die der Allgemeinheit entstehenden erheblichen Schäden werden Verstöße hohe Strafen nach sich ziehen.

Nassau, den 13. Juli 1920.
Die Polizeiverwaltung:
J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt

Bekanntmachung.

Gemäß § 6 des Ortsstatuts betreffend das Feuerlöschwesen der Stadt Nassau wird hierdurch bekannt gemacht, daß sich bei dem nächsten Brande, Läuten der im Turm der hiesigen evangelischen Kirche befindlichen Glocke, nur die Mitglieder des 3ten Viertels unverzüglich einzufinden haben. Zum 3ten Viertel gehören: Oberstraße, Grabenstraße, Amtsstraße, Spätesstraße, Bachgasse, Mauerstraße und Hintergasse.
Nassau, 14. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung:
J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt

Bekanntmachung.

Um Felddiebstählen nach Möglichkeit vorzubeugen wird darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre eine Belohnung bis zu 100 M. ausgesetzt wird für jeden Fall, in dem von hiesigen Einwohnern Angaben gemacht werden, welche zur Bestrafung der Täter führen.
Nassau, 14. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung:
J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt

10% Ermäßigung

auf Restbestände in weißen Damenschuhen, Schnür und Spangen, alle No.
Prima Herren-Vorkalsstiefel 175,— M.
Rindleder-Artikel in allen Größen in guter Ausführung und niedrigsten Tagespreisen.
H. Adam, Obernhofstraße 40.

Auf d. Bleichwiese a. d. Lahn dunkelbraune Gieskanne abhanden gekommen. Abzugeb. geg. Belohnung. Emserstr. 13.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau

Reis.
In den hiesigen Kolonialwarenhandlungen (mit Ausnahme von Trombetta) ist Reis kartenförmig erhältlich. Preis pro Pfund 5,70 Mk. Verkauf auch an Auswärtige.

Käse.
Den Geschäften von Joh. Egenolf, Ww. Lorch, Ww. Strauß, Kölner Konsum, Konsumverein (Haus J. W. Kuhn) Th. Buch Ww. und Auguste Bach ist Gouda-Käse zum kartenförmigen Verkauf überlassen. Preis 15,50 Mk. pro Pfund.

Fleisch u. Trichinenschau.
Im amtlichen Kreisblatt vom 15. Juli ist ein neuer Gebührentarif veröffentlicht, auf den Interessenten hingewiesen werden.

Unabhäng. Sozialdemokratische Partei. Öffentliche Versammlungen

Dienethal,
Samstag, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
Sulzbach,
Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 12 1/2 Uhr,
Bergn.-Schauern,
Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr,
Gastwirtschaft Ranzler.
Thema: Die verfloffenen Reichstagswahlen und warum tritt die U. S. P. nicht in die Regierung ein.
Freie Aussprache.

Der Kreisvorstand:
A. Zimmermann.

Für das kirchliche Läuten in der Evang. Kirche wird ein Gehülfe gesucht. Näheres bei dem Unterzeichneten.

Der Kirchenvorstand:
Moser, 1. Pfarrer.

Ein Posten schöner Schürzenzeuge,
120 cm. breit, Nr. 20, — das Meter,
Leinen-Zwirn, 0,85 Mk. die Rolle,
Perlmutter-Knöpfe, 1,50 Mk. das Duzend,
Gütermannsche Sternseide, 3,50 Mk. die Rolle,
sämtliche Kurzwaren billigt.
Albert Rosenthal.

Schokolade
wieder eingetroffen
August Hermani, Nassau
Bäckerei, Konditorei, Café

Grosse Vorteile
beim Einkauf bieten meine ganz bedeutend im Preise herabgesetzte:
Damenkonfektion, Wäsche, Stoffe, Weißwaren, Strümpfe, Herrenartikel, Manufakturwaren, Herren-, Damen- u. Kinderhüten, Wäsche für Herren, Damen und Kinder, Gardinen, abgepaßt u. am Stück, Handarbeiten.
M. Goldschmidt, Nassau.

Sagdas
(Andenken)
auf der Bank am Sonntagsborn zwischen Zimmerchied und Winden liegend geblieben. Gegen hohe Belohnung abzugeben auf der Bürgermeisterei Zimmerchied.

Reue Herren-Stiefel
Größe 39 (Handarbeit) zu verk. Zu erfr. in der Geschäftsstelle.
Schöne Pflirsche
empfiehlt
Hr. Wilhelm, Gärtner.

Letrado - Sandblatt - Zigarren
— hochfein u. leicht —
Stück Mk. 1,— im
Zigarrengeschäft
Rud. Degenhardt, Nassau
— Mauerstr. 5 —
Filiale: Kettenbrückstr.

Rothirschel - Zigaretten
— Stück 15 Pfg. —
zu haben im
Zigarrengeschäft
Rud. Degenhardt, Nassau
— Mauerstr. 5 —
Filiale: Kettenbrückstr. 7.

Turngemeinde. (Spielabteilung). Samstag 6 Uhr abends Spielen 9 Uhr: Spielerversammlung bei Gastwirt Köhler. Alle Spieler zur Stelle.
Evang. Kirchenchor. Freitags abends 8 1/2 Uhr Gesangsstunde.

Kaisers Bruchkaramellen,
Paket 1 Mk., zu haben in der Konditorei Aug. Hermani.

Große und kleine Kartons
hat abzugeben zum Selbstkostenpreis
Zigarrengeschäft
Rud. Degenhardt, Nassau.

Photogr. Atelier Willy Bramm

Bad Nassau

Für Aufnahmen jeglicher Art den ganzen Tag geöffnet
Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends
Anfertigung sämtlicher Arbeiten für Amateure
Vergrößerungen werden unter Garantie auf Ähnlichkeit in Schwarz, Sepia
und Malerei geliefert
Bei größ. Aufträgen in Vereins-, Gruppen- und Familien-Bildern Preis-
ermäßigung
Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Landwirtschaftlicher Ratgeber.

Es sei erinnert:

Jetzt ist es Zeit, das Wachstum aller Pflanzen zu beobachten, um sich ein Bild machen zu können, wie weit Obst-, Ziersträucher und Gemüsearten zu pflanzen sind, besonders beachte man, wie sich die einzelnen Obstsorten entwickeln in Bezug auf Bau der Krone, Frucht- und Holzansatz.

Die Rosen sind für einen Zaunheg nach der Blüte sehr dankbar, danach wird der Boden gehackt. Wo Wert auf langstielige Rosen gelegt wird, schneide man alle verblühten Blüten mit 5 bis 6 Blättern ab.

Dah wir besonders vollkommene Pflanzen von Gemüse, ebenso Blumen für Samengewinnung ziehen lassen, solche Gewächse aber auch gegen Wind, Regen und Schädlinge ganz besonders schützen sollten, sei immer wieder betont.

Winkel für die Erntezeit. Welche Kennzeichen hat der Landmann für den Beginn der Getreideernte? Man unterscheidet die Gelbreife, die Vollreife und die Totreife. Bei der Gelbreife lassen sich die Körner noch nicht über dem Fingernagel brechen. Sie ist der rechte Zeitpunkt für den Schnitt des Wintergetreides. Viele Landwirte aber glauben warten zu müssen, bis die sogenannte Vollreife eingetreten ist, bei der sich das Korn bekanntlich über dem Fingernagel brechen lässt. Da die Ernte aber längere Zeit in Anspruch nimmt, so gelangt alsdann das später zum Schnitt gelangende Getreide zur Totreife, bei der die Körner leicht ausfallen und auch einen Teil ihres Wertes einbüßen. Auch kann die abgestorbene Wurzel und der tote Halm den Körnern keine Nahrungsmittel mehr zuführen. Dagegen reißt das Getreide, in der Gelbreife geschnitten und auf dem Ader liegend oder in leichte Garben gebunden, weiter nach und kommt hier zur Vollreife. — Ferner ist Sorgfalt darauf zu verwenden, daß das geschnittene Getreide, auf dem Ader liegend oder auf Haufen sitzend, bei etwa eintretendem Regenwetter nicht auswächst und damit als Brotrucht minderwertig wird. Deshalb lege man nicht zuviel auf den Boden, sondern binde es sofort in leichte Garben, die man aufstellt. Dieses kann in diesem Jahre ohne Bedenken geschehen, weil das Getreide wenig verunreinigt ist. In manchen Gegenden ist es Sitte, die aufrecht stehenden Garbenhaufen zum Schutz gegen die Witterung mit einem sogenannten „Gut“, einer ausgebrochenen Garbe, zu versehen. Dieses ist zu empfehlen, denn damit wird dem Eindringen des Regens in die sogenannten „Haufen“ vorgebeugt. Die Nachreife kann sich gut vollziehen, und man kann auch das Getreide beliebig lange im Felde belassen.

Vernichten der Raupen auf Bäumen. Das Abtöten bzw. Abfaden derselben, wie es häufig empfohlen wird, halte ich nicht für vorteilhaft. Ich habe in verschiedenen Gärten gefunden, daß die Baumtronen durch das Abfaden häufig stark gelitten haben. Aus diesem Grunde wende ich diese Art der Raupenvernichtung nicht mehr an, sondern betrippe die Raupennester bzw. die Stellen, wo sich die Raupen abends zusammengezogen haben, mit verdünntem Obstbaumtarbolineum, wozu ich eine Einschnürbürste verwende. Auf diese Weise werden die Raupen sicher getötet. Es kommt vor, daß noch nicht alle Tiere abends beisammen sind und empfiehlt es sich deshalb, 2 Tage später das Betripfen mit Karbolineum nochmals zu wiederholen.

Spritzen oder Gießen? Das Spritzen ist eine Ergänzung des Gießens insofern, als unter Verwendung einer feinen Brause oder Spritze Wasser auf die Pflanzen und ihre Umgebung, in geschlossenen Pflanzräumen wie Gewächshäusern also auch auf die Wände, Gestrübe usw., in Röhren auf die Rastenvände versprengt wird, um die Luft mit Feuchtigkeit zu sättigen und dadurch die Verdunstung der Pflanzen herabzumindern wenn dieselben nach vorhergehendem Verpflanzen infolge starken Wurzelverlustes das von den Blättern in trockener Atmosphäre verdunstete Wasser nicht selbständig ersetzen können. Häufiges Spritzen bei Lufttrockenheit ist deshalb für Pflanzen, die frisch verpflanzt und am neuen Standort noch nicht eingewurzelt sind, wichtiger und vorteilhafter als Gießen. Viele Pflanzen, namentlich diejenigen tropischer Herkunft, gedeihen nur in feuchtwärmer Atmosphäre, die man bei Zimmerpflanzen dadurch zu ersetzen sucht, daß man sie häufiger mit einem feinen sogenannten Verstäuber überbraut.

Abgesehen davon müssen viele Pflanzenarten zur Verhinderung der Ungezieferbildung gesprüht werden, denn alle die Schmarotzer wie Blattläuse, rote Milbe, Trips oder schwarze Fliege, vermehren sich rasend schnell in trockener Luft. Das Versprühen reinen Wassers soll vorbeugend wirken. Das für das Gießen galt, ist auch beim Spritzen zu beachten. Das Wasser darf nie kalt sein, lauwarmes oder wenigstens überschlagenes Wasser verdunstet am schnellsten; auch spritzt man nicht bei Temperaturen unter 10 Grad Reaumur. Das Spritzen des Abends ist am wirksamsten, aber auch am Tage darf man es nicht unterlassen. Pflanzen, die Frucht oder Samen ansetzen sollen, dürfen während der Blüte nicht gesprüht werden; auch viele Blumen sind gegen das Spritzen empfindlich und werden fleckig.

Früchte, die der Reife nahe sind, werden durch häufiges Spritzen wässrig, geschmacklos und neigen zu Fäulnis; man muß daher bei solchen Pflanzen, die sehr zu Ungezieferbefall neigen, seine Bekämpfung vor völliger Reife der Früchte erledigen. Soll das Spritzen mit reinem Wasser in Bezug auf Ungezieferbekämpfung vorzuziehen wirken, so kennen wir auch ein Versprühen dünner Lösungen eigens dazu hergestellter Präparate zum Zweck der Vernichtung tierischer Schmarotzer und der Unschädlichmachung pflanzlicher Parasiten. Dabei ist zu beachten, daß die Spritzflüssigkeit alle Pflanzenteile berühren muß, damit alles Ungeziefer wirklich getroffen und getötet wird. Die Versprühung ist nach einigen Tagen zu wiederholen, da die mittlere weite entwickelte Brut, die sich bei der ersten Spritzung noch im Zustande befand, ebenfalls vernichtet wird.

Man wähle zum Spritzen windstille, trübe Tage, niemals darf bei starker Sonnenbestrahlung gesprüht werden. Nicht alle Pflanzen dürfen mit Lösungen in gleicher Stärke behandelt werden.

Junge, zarte Pflanzenteile sind empfindlich gegen kräftige Lösungen. Für holzige Pflanzenteile kann man höherprozentige Mischungen verwenden. Nach dem Spritzen und nach sicherer Abtötung des Ungeziefers empfiehlt es sich, mit reinem Wasser nachzusprühen oder abzusprühen, da manche Präparate sehr fest haften und die Poren verstopfen.

Im Gegensatz hierzu sollen die zur Verhinderung der Ausbreitung gewisser Pilzkrankheiten angewandten Lösungen (Kupferalkalibromide usw.) längere Zeit auf den Blättern haften bleiben, um die Keimung der Pilzsporen nachhaltig zu verhindern. Da diese Lösungen häufig Stoffe enthalten, die auch für den menschlichen Organismus Gift oder mindestens gesundheitsschädlich sind, dürfen Früchte und Gemüse, die für baldigen Verbrauch bestimmt sind, niemals gesprüht werden.

Vermischtes.

Ausschreibung in Postpaketen. Nach den Vorschriften der Postordnung ist der Absender eines Pakets verpflichtet, in das Paket obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen. Leider wird diese Bestimmung viel zu wenig beachtet. Die Fälle, in denen sich die Aufschriften der Pakete während der Postbeförderung verlieren, sind außerordentlich zahlreich. Wenn in einem solchen Paket das vorgeschriebene Doppel der Aufschrift fehlt, bedarf es stets umfangreicher und zeitraubender Ermittlungen, ehe die Sendung untergebracht werden kann. Die Folge davon ist, daß die Sendung oft ihren Zweck verfehlt, der Inhalt vielfach verdirbt und Witterungen für den Absender und dem Empfänger entstehen. Hierzu kommt, daß der Absender für die Lagerung des Pakets bei der Postanmeldestelle die postordnungsgemäße Lagergebühr von täglich 30 Pfg. bezahlen muß. Daß derartige Pakete in erhöhtem Maße der Gefahr der Verabreichung ausgesetzt sind, bedarf keiner weiteren Ausführung. Es liegt daher im eigenen Nutzen der Absender, das Einlegen eines Doppels der Aufschrift in die Pakete niemals zu unterlassen.

Nachsendung von Zeitungen. Wer seine Zeitungen in der Sommerfrische ohne Unterbrechung weiter beziehen will, versäume nicht, ihre Nachsendung rechtzeitig und bei der richtigen Stelle zu beantragen. Die richtige Stelle ist für die durch die Post bezogenen Zeitungen das zustellende Postamt des bisherigen Wohnorts, für nicht von der Post gelieferte der Verlag selbst oder der Zeitungsagent, Buchhändler usw. der den Bezug bisher vermittelt hat. In beiden Fällen muß der Auftragsteller genau angeben, wohin, von wann ab und wie lange die Zeitungen nachgeschickt werden sollen. Die Ueberweisung jeder durch die Post bezogenen Zeitung kostet 2 Mark. Vorbestellung zu Nachsendungsanträgen erhält man unentgeltlich beim Postamt. Wegen der Weiterüberweisung der von der Post nachgeschickten Zeitungen bei wiederholtem Ortswechsel und wegen der Rücküberweisung bei der Rückkehr nach Hause muß man sich immer an das Postamt wenden, das die Zeitungen unterwegs zuletzt ausgeliefert hat. Die Weiterüberweisung kostet wieder 2 Mark für jede Zeitung; die Rücküberweisung ist kostenfrei.

Porzellangeld. Die Versuche der Porzellanmanufaktur Meissen zur Herstellung von Porzellangeld als Ersatz für das papierene Wechselgeld, das zur Behebung des Mangels an Kleingeld und von Gemeinden und Bahnunternehmungen ausgegeben wird, haben gute Erfolge gezeigt. Das erste Porzellangeld ist bereits fertiggestellt. Die für das Deutsche Reich bestimmten Geldstücke — 5 Mark bis 10 Pfennig — sind rund, die Vorderseite zeigt einen quadratischen Rahmen mit der Schrift „Deutsches Reich und der Reichspräsident“. Auf der Rückseite des Fünftlings sehen wir im flachen Relief ein Elternpaar, das segnend seine Hände über ein Kind breitet; auf dem Dreimarkstück ein Kind, das seine Hände flehend zu den Sternen emporstreckt, auf dem Zweimarkstück einen Anaben, der in einem Schiffslein Getreide überführt. Die Mark zeigt einen Eichenstumpf, der neue Triebe treibt; das Fünftling-Pfennig-Stück eine stilisierte Doppelgarbe. Auch eine besondere Münze für die Stadt Meissen hat die Porzellanmanufaktur hergestellt. Fest bestellt hat Porzellangeld die Hochbahn Hamburg, und zwar Zwanzig-Pfennig-Stücke. Von diesen Münzen der Hamburger Hochbahn kommen zunächst 300 000 Stück in den Verkehr. Auch von anderen deutschen Städten sind bereits Bestellungen auf Porzellangeld bei der Meissener Porzellan-Manufaktur eingegangen, so daß binnen kurzer Zeit zahlreiches Porzellangeld an Stelle des papierenen Wechselgeldes im Verkehr erscheinen wird.

Farbenänderung der Freimarken. Infolge der neuen Gebührensätze ist der Bedarf an den bisher zweifarbig gedruckten Marken zu 30, 40 und 50 Pfg. so gestiegen, daß die Reichsdruckerei diesen erhöhten Bedarf mit den vorhandenen Zweifarben-Druckmaschinen nicht bewältigen kann. Neue Maschinen sind unter den heutigen Verhältnissen erst mit langen Lieferungsfristen zu erhalten. Die Herstellung der Marken nach den aus dem Wettbewerb gewonnenen Bildern ist infolge Ueberlastung der Reichsdruckerei und anderer unvermeidlicher Umstände leider noch nicht soweit vorgeschritten, daß die am meisten gebrauchten Marken schon jetzt durch die Neuausgabe ersetzt werden können. Die Reichsdruckerei ist deshalb gezwungen, sämtliche Pfennigwerte der Germania-Marken einfarbig neu aufzulegen. Bei dieser Gelegenheit sollen gleichzeitig die neuen Gegenwerte des Weltpostverkehrs früher 5, 10 und 20 Pfg., die infolge der Valutaverhältnisse auf 20, 40 und 80 Pfg. erhöht werden mußten, den durch die Ausfuhrbestimmungen zum Weltpostverkehr festgesetzten Farbtönen grün, rot und blau gedruckt werden. Es hat sich daher nicht vermeiden lassen, Marken abweichender Werte der beiden Ausgaben in den gleichen Farben herzustellen. Um Verwechslungen einzuschränken, sollen die Marken der neuen Art möglichst nicht über ausgegeben werden, als bis mit den alten Beständen geräumt ist. Es empfiehlt sich daher zur Zeit, sich nicht mit großen Beständen einzudecken.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	101,—	101,—
3 1/2	do.	94,—	94,—
3 1/2	do.	93,—	93,—
3	do.	82,—	82,—
4	Frankf. Hyp.-Bank	101,00	101,00
3 1/2	do.	89,50	89,50
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	99,—	99,—
3 1/2	do.	86,50	86,50
5	Deutsche Reichsanleihe	79,50	79,50
4	do.	70,25	70,25
3 1/2	do.	62,75	62,75
3	do.	60,—	60,—
Devisen			
	Frankreich	319	320
	Holland	1351	1354
	Schweiz	683 1/2	684 1/2
	Schweden	841 1/2	843 1/2

Einladung

zu einer Sitzung der Statordneten-Versammlung am Freitag, den 16. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr, im Rathausaale.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Stadtrechnung für das Rechnungsjahr 1919
2. Begeanfrage im Distrikt Alärgraben.
3. Wahl der Mitglieder des Mieteinigungsamtes.
4. Wahl der Mitglieder des Wohnungsamtes.
5. Mitteilungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung eingeladen. Die Akten liegen am Donnerstag, den 15. Juli, im Rathaus zur Einsicht offen.

Nassau, den 13. Juli 1920.

Medenbach,
Statordneten-Vorsteher.

Meine Photographische Kunstanstalt befindet sich jetzt nur noch
Bad Ems, Bahnhofstr. 8
unter der Firma Mehlmann u. Puhl.
B. Mehlmann.

Nur für Wirte und Wiederverkäufer!

Zigaretten in nur guten Qualitäten
Zigarren aus la. Ueberseetabak
Ueberseetabak, Pfund 20 Mark
Alb. Strauss, Nassau-Lahn.

Turn- und Sportgemeinde „Nassovia.“
Samstag, den 17. Juli 1920, abends 8 1/2 Uhr:
Monatsversammlung
bei Gastwirt Paulus.

Zur Frischhaltung

von Nahrungsmitteln aller Art sind

Hindenburgs Einkochgläser

unerreicht.

Hindenburgs Einkochgläser

liefern das ganze Jahr hindurch

Obst
Gemüse
Fleisch

Fische
Wild
Geflügel

unübertroffen in

Güte und Haltbarkeit.

In allen Größen vorrätig, Gummiringe extra,
sehr billige Preise.

Albert Rosenthal, Nassau.

Meine Restbestände
in
weissen Damensommerkleidern
verkaufe ich
weit unter Einkaufspreis
in den Preislagen von Mk. 95,—, 100,—, 120,—
M. Goldschmidt, Nassau.